

Werbung von Kaufmann... bis Samstag 3 Uhr... Sonntag... Montag...

Bernsprachenbuch: Amt 1 Nr. 11 und Nr. 2096.

Dresdner Nachrichten

Bezugsgebühr: Monatlich 3 M., 3/4 M. für 3 Monate... 1/2 M. für 6 Monate...

Nähmaschinen: empfiehlt H. Grossmann, Nähmaschinen-Fabrik. Verkauf in Dresden: Obermühlstr. 20...

Conto-Geldstelle: Wartenstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15. empfiehlt in grösster Auswahl: Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Gummischeuhe: Sohlen u. Absatzplatten. In Gemüldung, Übergummi für Grossisten und Reparatoren. Wetlerstrasse 26 Reinhardt Leopold, Dresden-Königsbrunn.

Blutreinigungsthee: zur Aufrischung des Blutes und Reinigung der Säfte... Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Fabrik feiner Lederwaren. Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft. 26 Prager Strasse 26. Adolf Näter

Ar. 2. Spigel: Bei Reichsfinanzlage. Neueste Drahtberichte, Notnachrichten, Zeitweitemacht, Telegraphie in Sachien, Konventionsausstellung, Ernst und Scherz.

Zur Reichsfinanzlage.

Im Reichshaushalt giebt es unter den Ausgaben eine Position „Zehnbetrag aus früheren Jahren“, die seit längerer Zeit keine Summe aufwies, während ihr Gegenstück unter den Einnahmen, „Ueberschüsse aus früheren Jahren“, ebenso regelmäßig mit einer hübschen Anzahl von Millionen aufzuwarten wußte. Da bei der Aufstellung des neuen Etats der laufende noch nicht abgeschlossen ist, so werden in das neue Budget immer die Ueberschüsse bzw. Zehnbeträge des zweitvorhergehenden Finanzjahres eingestellt; so konnten auch im Etat für 1901 auf Grund des Endabschlusses für 1899 32 1/2 Millionen Mark Ueberschüsse paradiern. Mit dieser Fiffer hatte infolge der überquellenden Ergiebigkeit der Reichsfinanzen den Zenith erreicht, und mit dem Etat für 1902 begann eine Abwärtsbewegung, deren Ende vorläufig nicht abzusehen ist. Allerdings haben sich die tatsächlichen Ergebnisse des Jahres 1902, die im Etat 1904 zum Ausdruck kommen, wieder ein wenig günstiger gestaltet, insofern einzelne Hauptertragsquellen des Reiches nach dem jetzt veröffentlichten Achtmonats-Auszweis sowohl gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1901 wie gegen die Etatsansätze 1902 ein Mehr aufweisen; infolge ist die Hauptposition „Zölle“ einen wesentlichen Anstieg, und das ist gerade der springende Punkt. Da das Jahr 1900 nicht nur kein Mehr ergab, sondern in den Einnahmen sogar hinter dem Voranschlag zurückblieb, so fiel in dem Etat für 1902 zum ersten Male wieder der bereits zur fernen Gewohnheit gewordene, verheißungsvolle Strich in der Position „Zehnbetrag aus früheren Jahren“ fort, und statt seiner erschien ein Betrag von 1,8 Millionen Mark. Hierzu die wegfallenden 32 1/2 Millionen Ueberschüsse des Etats für 1901 gerechnet, ergibt eine Gesamtverschlechterung des Etats für 1902 gegen den für 1901 um rund 34 1/2 Millionen Mark. Das Ergebnis des Finanzjahres 1901 ist ein Defizit von 48 1/2 Millionen Mark infolge von Mehrausgaben in Höhe von 21 Millionen und Mindereinnahmen von 27 1/2 Millionen, in Verbindung mit einem Minderegebnis der Ueberschüssen an die Bundesstaaten gegenüber dem Etat im Betrage von 15 1/2 Millionen Mark. Demnach ist der Etat für 1902 mit einem Zehnbetrag von 48 1/2 Millionen Mark vorweg belastet, und da außerdem die Ausgaben noch um gut 100 Millionen die Einnahmen überschreiten werden, so kommt für 1902 ein Defizit von rund 150 Millionen Mark in Frage. Daß diese Rechnung im Wesentlichen richtig ist, hat der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Freiherr von Tietmann, leghin im Reichstage selbst behauptet. Die nächsten Monate werden daher in der inneren Politik, nachdem der Zolltarif glücklich unter Dach und Fach gebracht worden ist, vornehmlich von der Sorge beherrscht werden, wie der Etat für 1903 zu balancieren ist.

Bei den Erörterungen über diesen Gegenstand muß man zwei Punkte unterscheiden: einmal die Deckung des vorübergehenden Bedarfs für 1903 und zum anderen die dauernde Beschaffung von Mitteln zur Heilung des nothleidenden Reichsbudgets. In ersterer Hinsicht kann es sich nach der ganzen Sachlage nur um ein auskömmliches Klüftwerk handeln, schon aus dem Grunde, weil zu der Erreichung von weitestgehenden finanzpolitischen Maßnahmen von grundsätzlicher Tragweite, die von langer Hand vorbereitet werden müssen, für die kommende Finanzperiode keine Zeit mehr übrig ist. Wie verläuft, haben sich die verbündeten Regierungen abermals entschlossen, einen Teil des Defizits, soweit es 100 Millionen Mark übersteigt, durch eine sogenannte „Zuschuldenleihe“ aufzubringen, wie sie bereits für den Etat 1902 in Aussicht genommen, aber vom Reichstage abgelehnt worden war. Die Zuschuldenleihe stellt infolgedessen eine prinzipielle Abweichung von dem gewohnten budgetmäßigen Verfahren dar, als durch sie der Grundbesitz durchbrochen wird, daß die ordentlichen Ausgaben nur aus den laufenden Einnahmen des Staates bestritten werden dürfen. In dem vorliegenden Falle soll ein Teil der sonst nur für den außerordentlichen Etat bestimmten Anleihe zur Balancierung des ordentlichen Etats mitverwendet werden. Daß eine solche Methode nur ganz ausnahmeweise befolgt werden kann, bedarf keiner ausdrücklichen Versicherung. Daß sie aber unter dem Augenblickswange einer so allgemeinen drückenden Finanznoth, wie sie gegenwärtig herrscht, ausnahmeweise wohl einmal gangbar erscheint, kann ebensowenig bestritten werden, und da das Centrum, das bei der Feststellung des Etats für 1902 für die Verwendung der Zuschuldenleihe den Ausschlag gab, sich inzwischen, nach den Andeutungen der ultramontanen Presse zu schließen, eines Besseren besonnen zu haben scheint, so darf man für den nächsten Etat mit der praktischen Verwirklichung dieses eigenartigen, obgleich an sich nicht besonders empfehlenswerthen Ausnahmismittels rechnen.

Selbst bei einer Zuschuldenleihe von 50 Millionen verbleiben infolgedessen immer ganze 100 Millionen Mark, die durch Ausschreibung von nicht durch Ueberschüssen gedeckten Matrikularumlagen zu begleichen wären. Damit präsentiert das Reich den Einzelstaaten eine Rechnung, deren gepflegter und gefolgter Charakter nicht besser illustriert werden kann, als durch die Erinnerung daran, daß die Begründung zum Reichsfinanzgesetz 1902 ausdrücklich erklärte: „Die matrikularmäßigen Beiträge in einer Summe von 24 Millionen Mark stellen sich als das Ueberschüsse der

Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten dar.“ Wie muß darnach den Einzelstaaten, und vornehmlich den finanziell am ungünstigsten gestellten Mittel- und Kleinststaaten unter ihnen, wohl zu Muth sein, wenn ihnen jetzt gar 100 Millionen abgeprecht werden sollen? Da wird es wohl kaum einen anderen Ausweg geben, als daß Bundesrath und Reichstag ein Einsehen haben und die Zuschuldenleihe noch um ein Erhebliches vergrößern. Wenn schon, denn schon!

Aus der unumgänglichen Steigerung der Matrikularbeiträge ergeben sich zugleich die Gesichtspunkte, die mit unwiderstehlicher zwingender Gewalt auf eine endliche dauernde Regelung der Reichsfinanzen im Sinne der Loslösung von dem bisherigen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Einzelstaaten hindrängen. Angesichts der drohenden 100 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge für 1903 hat die finanzielle Lage für die Einzelstaaten eine überaus kritische Gestalt angenommen, und die allgemeine Unruhe und Anfregung erscheint um so begründlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß seit dem ersten Auftauchen des Projectes einer Reichsfinanzreform vor 10 Jahren Matrikularumlagen und Ueberschüssen sich der Regel nach die Waage gehalten haben und die Bundesstaaten nur in seltenen Fällen geringe Beiträge an das Reich herauszahlen mußten. Da kommt die jetzige ganz jähe und unvermittelte Anforderung von 100 Millionen seitens des Reiches einem völligen Umsturz in der Finanzgebarung mancher Einzelstaaten gleich. Sehr bezeichnend für die dadurch erzeugte Stimmung in den betroffenen Kreisen ist eine Erklärung, die jüngst die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt im Landtage abgegeben hat. Dort hatte ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, im Bundesrathe für eine Reichseinkommensteuer auf Einkommen von 2500 Mark an zu wirken. Der Minister erwiderte darauf, die Mehrzahl der Bundesstaaten werde im Bundesrathe dafür eintreten, daß eine Belastung der Einzelstaaten mit ungedeckten Matrikularbeiträgen vermieden und eine Regelung der Beiträge auf gleichmäßigem Wege erstrebt werde; ob auf dem Wege der Reichseinkommensteuer, könne er heute noch nicht sagen; ausgeschlossen erscheine es nicht. Die Aufbringung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl halte er für eine Ungerechtfertigung.

Also soweit hat es die bohrende Unzufriedenheit mit dem drückenden System der jetzigen Matrikularumlagen schon gebracht, daß eine „Mehrzahl der Bundesstaaten“ unter Umständen bereit sein würde, die bisher für völlig unantastbar gehaltene Grundlage fast der gesamten einseitigen Finanzgebarung, die direkte Einkommensteuer, der gleichzeitigen Ausnutzung durch das Reich preisgegeben! Hoffentlich ist das nur ein Schreckschrei, der weichen gehört und beachtet wird; denn in der Praxis wäre eine Reichseinkommensteuer für diejenigen Bundesstaaten, die, wie Preußen und Sachsen, ihre Finanzwirtschaft wesentlich auf die Einkommensteuer gegründet haben, geradezu ein finanzpolitisches Unglück. Wie man auf Seiten der Reichsregierung über die Mittel zu einer dauernden Sanirung der Reichsfinanzen denkt, erhält aus den jüngsten Auslassungen des Reichsfinanzsekretärs im Reichstage, in denen er sich dahin ausdrückte, daß „unter den Gegenständen, die für die notwendigen höheren Reichseinnahmen zum Zwecke der Besteuerung in Betracht kämen, Tabak und Bier in erster Linie ständen“. Diese Erklärung schien die unmittelbare Folge der energischen Proteste zu sein, die damals Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden gleichzeitig im Bundesrathe gegen die fortwährenden Erhöhungen der Matrikularbeiträge erhoben hatten. Gegenwärtig ist allerdings zu bedenken, daß die noch bestehende Unsicherheit über die Mehrerträge aus den Zöllen eine sofortige Zwangsnahme der Reichsfinanzreform unter Heranziehung neuer Steuerquellen ausschließt, da hierfür die genaue Kenntniss des finanziellen Ergebnisses der Zolltarifreform unerlässliche Voraussetzung ist. Wohl aber läßt sich eine andere Maßregel ohne Verzug durchzuführen, nämlich die Abschaffung des Kopfzahlprinzips bei der Bemessung der Matrikularbeiträge. Die jetzige Handhabung ist dergestalt, daß einfach die Kopfzahl der Bevölkerung eines Bundesstaates im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung des Reiches für die Festsetzung des einseitigen Antheils an den Matrikularumlagen den Ausschlag giebt; dabei kommen reiche Staaten, wie Hamburg, sehr gut weg, während andere weniger wohlhabende Einzelstaaten vielfach weit über ihre Kräfte hinaus belastet werden. Eine Veränderung muß hier in dem Sinne stattfinden, daß die Matrikularbeiträge nicht nach der bloßen Kopfzahl der Bevölkerung, sondern nach der gesamten wirtschaftlichen Ergiebigkeit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten unter billiger Berücksichtigung der Steuerkraft ihrer Bewohner bemessen werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. Januar.

Berlin. Um halb 8 Uhr ein leichter Schneefall, dann aufklarer Himmel — von der Kuppel des königlichen Schlosses, das die drei Standarten zeigte, bliesen die Trompeten des 1. Garde-Dragoner-Regiments den Choral: „Lobe den Herren“, aus Portal I marschirten die Spielleute der 2. Garde-Infanterie-Brigade heraus mit Trommeln und Weisen, und die Dautboisten der „Märläfer“ bliesen: „Freut Euch des Lebens“. Auf dem Schloßplate, am Denkmal des Kaisers Wilhelm I., im Lustgarten und nach den Linden zu flaute sich eine nach Tausenden zählende Menge in zum Theil sehr hochgradiger Neujahrstimmung. Im

Schlenderganga wogte die Masse der Gäste zum Brandenburger Thor hinunter und wieder zurück ins Schloß, wo auf dem großen Hofe der Vortrag von: „Aus hinter alle Thore“ das „große Beden“ beendete. Mit dem Vorübergehen der Gäste nach dem Hofe ab. Inzwischen rüdten die Ehrenwachen der Garde des Corps, die Krongarde, die Leibgarde der Kaiserin an, die Pallastgarde, die in ihrer altägyptisch bunten Tracht, und schon begann auch die Auffahrt der zu Godesdienst und Court gehaltenen Persönlichkeiten. Gegen halb 10 Uhr trafen das Kaiserpaar und die Kaiserliche Familie, sowie Prinz Heinrich von Neuen Palais hier ein. In der Schloßkapelle bereitete sich inzwischen der feierliche Gottesdienst vor. Umfö vor dem Altar versammelten sich die Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Staatsminister, aktive und inactive, rechts die Generalobersten, kommandirenden Generale, die Ritter des Schwarzen Adlerordens. Den Reichsfinanzsekretär Graf v. Mülow ersuchte man zu längerem Gespräche mit dem sächsischen Gesandten Grafen von Dohenthal und Bergen, dann mit dem Herren v. Ardenne und Freiherrn v. Mantuffel, und mit dem Grafen Waldersee. Den weiteren Raum der Kapelle füllten der hohe Adel, die Generäle und die Admiralität, die Kommandeure der Leibregimenter, die Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften, die Ältesten hohen Ranges. Um 10 Uhr hielt der Hof seinen Einzug. Das Kaiserpaar hatte vorher die Glückwünsche der Mitglieder des königlichen Hauses entgegengenommen, sowie in der Bildergalerie die Glückwünsche der Generaladjutanten, Generale à la suite und Majoradjutanten. Der Kaiser, der große Generals-Ulmarm trug, mit dem Bande des Schwarzen Adler-Ordens, führte die Kaiserin, die eine Krone aus Silberblech mit weisem, perlbesetztem Schmuck und Felsbohnen trug. Neben den Majestäten schritt Prinzessin Victoria Luise; es folgten zunächst die Damen und Herren des engeren Dienstes. Dann führte der Kronprinz die Herzogin von Albany, Prinz Arnulf von Bayern die Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Eitel Friedrich die Erbprinzessin von Hohenzollern, Prinz Heinrich die Prinzessin Alice von Großbritannien und Irland. Während des Einzugs des Hofes sang der Domchor Psalm 136 („Singet dem Herrn ein neues Lied“). Nach Gemeindegelänge und Liturgie predigte Oberhofprediger Dr. Doeder über 1. Cor. Petri 2 B. 1 („So legt nun ab alle Hölle“). Er gedachte des Todes des Prinzen Georg von Preußen und des Königs Albert von Sachsen. Den Schluß der Feier machte das Niederländische Dankgebet, vom Domchor und Gemeinde gesungen, und von den Fanfaren und Paukenwirbeln des Militärchors begleitet. Dieser folgte dann mit dem „Wilhelmus von Nassau“ ein, und während dem Aufgange herauf der Domchor der Salutische dröhnte, schritten das Kaiserpaar und die Fürstlichkeiten zum Weissen Saale, wo hier die große Gratulationscour abzuhalten. Die Majestäten traten vor den Thron, die Prinzessinnen links, die Prinzen rechts. Unter den Anhängen einer sonnenhell schritten die zur Cour befohlenen Herren vorüber. Trotz des schlechten Wetters hielt die Menge dranhin aus, um die Anhöhe der Galaxarofen der Hofkammer zu sehen und später den Kaiser auf seinem Gange zum Ausgange zu begrüßen. Der Kaiser, der die Glückwünsche der Hofkammer, der kommandirenden Generale und der Minister entgegengenommen hatte, erschien bald nach 12 1/2 Uhr im Portal IV, den Schwarzen Adlerorden über dem Paletot, und schritt über die Schloßbrücke zum Zeughaus hinüber. Route Hoftraue empfingen den Monarchen, dem der Kronprinz, die Prinzessin Eitel Friedrich und Waldert folgten. Am Denkmal König Friedrich Wilhelms III. konserterte die Musik der Schloßkapelle, vor dem Zeughaus erließ eine Ehrenkompagnie vom 2. Garde-Regiment mit Fahne und Musik die Donners. Die Parole-Ausgabe fand im Vorhofe des Zeughauses statt, wo sich die kommandirenden Generale und die Offiziere der Garnison versammelt hatten. Die Parole lautete wie immer am Neujahrstage „Königsberg-Berlin“. Nach der Antrittsfeier empfing der Kaiser im Sternsaal die Direction der königlichen Porzellan-Manufaktur, welche Proben neuer Erzeugnisse der Manufaktur vorführen durfte, und gab im Laufe des Nachmittags seine Karte bei den Hofkammern ab.

Berlin. Das Mitglied des Herrenhauses Graf v. Landsberg-Velen ist gestern auf Schloß Velen gestorben.

Wien. Deute Vormittag ließ der Kaiser durch einen Adjutanten dem Grafen Lambsdorff sein Bildnis in prächtigen Rahmen überreichen. Mittags gab Graf Lambsdorff ein Frühstück, an dem der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, der Hofkammer Graf Kapnik sowie die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Hofkammer mit ihren Damen teilnahmen. Nachmittags wurde Graf Lambsdorff vom Kaiser in Michelsbadbad empfungen.

Budapest. Ministerpräsident v. Szell empfing heute eine Abordnung der liberalen Partei und legte mit Bezug auf den Abschluß des Uebereinkommens mit dem österreichischen Ministerpräsidenten v. Körber: „Ich komme solchen aus der Schlacht, an mir lebt noch der Staub des Kampfes. Erst vor wenigen Stunden hat der große Kampf, die große Arbeit den Abschluß gefunden. Es gibt jedoch in diesem Kampfe keinen Sieg und keine Niederlage. Und doch hat es in diesem Kampfe einen Sieger gegeben. Sieger ist der Gedanke geblieben, daß zwei Staaten, die wie Ungarn und Oesterreich durch Gemeinamkeit des Herrschers und durch unauflösbare Bande verbunden sind, richtig handeln, wenn sie bestrebt sind, auch die wirtschaftliche Gemeinamkeit anrecht zu erhalten, indem sie mit Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Interessen sich verständigen und eine billige Ausgleichung dieser Interessen versuchen. (Beifall.) Der Ministerpräsident erklärte hierauf, er werde hinsichtlich des Inhalts der mit Oesterreich geschlossenen Uebereinkunft im Reichstage Eröffnungen machen. Er hoffe, die Volksvertretung werde dem Ausgleich die Anerkennung nicht verweigern. Derselbe sei mit vollständiger Würdigung der Interessen Ungarns und gerechter Berücksichtigung der Interessen Oesterreichs geschlossen worden. Der Ministerpräsident erklärte sodann, er habe getrachtet, den wirtschaftlichen Zuständen des Landes, auf welche die Ungeheuerheit der langwierigen Verhandlungen schwer gelastet hätte, Stabilität wieder zu geben; falls jedoch ein Uebereinkommen mit Oesterreich auf der Grundlage der Billigkeit nicht möglich gewesen wäre, so sei er entschlossen gewesen, ein getrenntes Zollgebiet zu errichten. (Beifall.) Redner schloß, indem er die Partei ersuchte, nachdrücklich im Hinblick auf die großen Aufgaben, die des Parlaments harren, ihm und seinem Kabinett auch fernerhin Vertrauen und Unterstützung zu gewähren; in diesem Falle könne das Land mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen. (Beifall.)